

tiellen Auftragnehmern der preislich und qualitativ günstigste zu berücksichtigen ist?

4. Teilt der Bundesrat die Auffassung, dass unter solchen Voraussetzungen diese Triebwagen-Auftragsvergabe nach Vevey einer Verschleuderung von Steuergeldern gleich käme?
5. Wäre die anderweitige Vergabe eines vom Amt für Verkehr dem Unternehmen in Altenrhein in Aussicht gestellten Auftrages aus regionalpolitischen Gründen nicht ein Verstoß gegen Treu und Glauben?
6. Was gedenkt der Bundesrat zu tun, damit der Triebwagenauftrag in Altenrhein ausgeführt werden kann?

Die Interpellation wird unterstützt von folgenden Ratsmitgliedern:

Ammann-St. Gallen, Jaeger

(2)

313/78.481 P Schmid-St. Gallen – Bildungsurlaub für Jugendleiter (20. September 1978)

In zahlreichen Jugendorganisationen nehmen unverhältnismässig wenig Lehrlinge und Arbeitnehmer Leiterfunktionen wahr. Der Grund liegt unter anderem darin, dass Lehrlinge und Arbeitnehmer viel weniger Ferien haben als Schüler und Studierende. Es wird kaum bestritten, dass der vermehrte Beizug von Lehrlingen und jungen Arbeitnehmern zu Jugendleiteraufgaben im öffentlichen Interesse liegt.

Der Bundesrat wird daher eingeladen zu prüfen, ob

- a. für Jugendliche ab 15 Jahren ein Rechtsanspruch auf mindestens eine Woche Bildungsurlaub pro Jahr zwecks Ausübung von Jugendleiterfunktionen sowie zur Aus- und Weiterbildung als Jugendleiter geschaffen werden kann;
- b. der Bund sich an den Kosten solcher Bildungsurlaube finanziell beteiligen kann, zum Beispiel zu Lasten der Arbeitslosenversicherung, sofern die zu leitenden Jugendgruppen oder die Jugendleiterkurse gesamtschweizerische Bedeutung haben.

Mitunterzeichner: Ammann-St. Gallen, Blum, Braunschweig, Bundi, Chopard, Christinat, Deneys, Diethelm, Ganz, Grobet, Haller, Loetscher, Meier Werner, Miville, Morel, Nauer, Reiniger, Rothen, Villard, Wagner, Waldner, Zehnder, Ziegler-Genf

(23)

314/78.572 M Schmid-St. Gallen – Autobahnanschluss Splügenplatz in St. Gallen (13. Dezember 1978)

Der Bundesrat wird beauftragt, auf das umstrittene Anschlusswerk «Splügenplatz» der innerstädtischen Autobahn SN 1 in St. Gallen zu verzichten.

Mitunterzeichner: Jaeger

(1)

315/78.375 I Schnyder – Biogasgewinnung in der Landwirtschaft (18. April 1978)

Der Gewinnung von Biogas aus tierischen Abfällen, verbunden mit der geruchlosen Aufarbeitung von Gülle und Mist kommt in der Landwirtschaft wachsende Bedeutung zu.

Zur Zeit werden in der Schweiz lediglich da und dort auf privater Basis Teilgebiete dieses Fragenkomplexes erforscht.

Ist der Bundesrat nicht auch der Meinung, dass dieser aktuelle und bedeutungsvolle Problemkreis möglichst rasch, z. B. durch unsere zuständigen Forschungsanstalten, an die Hand genommen werden soll, und ist er bereit zu veranlassen, dass sich ein Forscherteam diesen wichtigen Fragen anzunehmen hat?

Die Interpellation wird unterstützt von folgenden Ratsmitgliedern:

Akeret, Basler, Blunschy, Brosi, Dürr, Fischer-Weinfelden, Hofmann, Hungerbühler, Jung, Künzi, Matossi, Nebiker, Oester, Reichling, Rippstein, Risi-Schwyz, Roth, Schalcher, Spiess, Thévoz, Tschumi, Ueltschi, Zwygart

(23)

316/77.326 P Seiler – AHV. Flexible Altersgrenze (23. März 1977)

In den nächsten Jahren ist mit weiteren Verlusten an Arbeitsplätzen und damit für längere Zeit mit einer gewissen Arbeitslosigkeit zu rechnen. Angesichts dieser wenig verheissungsvollen Perspektiven wird der Bundesrat ersucht, abzuklären, was zur Sicherung der Vollbeschäftigung vorgekehrt werden kann. Da-

bei ist der Beschäftigungsmöglichkeit für die jüngeren Arbeitnehmer besondere Beachtung zu schenken. In diesem Zusammenhang wird der Bundesrat eingeladen, insbesondere die Möglichkeit einer flexiblen Altersgrenze für die über 60jährigen Erwerbstätigen in der AHV und der beruflichen Vorsorge zu prüfen und den eidgenössischen Räten baldmöglichst entsprechende Anträge zu stellen.

Mitunterzeichner: Blunschy, (Fontanet), Jelmini, Mugny, Trottmann, Ziegler-Solothurn

(6)

317/78.510 M Seiler – Eigentumsförderung (3. Oktober 1978)

Um den Erwerb von Wohnungs- und Hauseigentum zu erleichtern, wird der Bundesrat beauftragt, die in der Verordnung zum Wohnbau- und Eigentumsförderungsgesetz enthaltenen Einkommensgrenzen spürbar heraufzusetzen.

Mitunterzeichner: Blunschy, Cavelty, Dirren, Feigenwinter, Flubacher, Gautier, Gut, Hungerbühler, Hunziker, Jelmini, Koller Arnold, Meier Josi, Meier Kaspar, Müller-Luzern, Ribi, Rippstein, Schärli, Sigrist, Spiess, Trottmann, Wellauer, Wyss, Ziegler-Solothurn

(23)

318/77.487 M Sigrist – Waffenloser Militärdienst (5. Dezember 1977)

Der Bundesrat wird beauftragt zu prüfen, auf welchem Wege die heute schon auf Grund eines Kreisschreibens des Eidg. Militärdienstes bestehende Möglichkeit des waffenlosen Militärdienstes ausgebaut, verbessert und gesetzlich geregelt werden kann. Er wird ersucht, die notwendigen Gesetzesänderungen den Räten zu unterbreiten. Dabei ist der Erhaltung eines genügenden Bestandes an waffentragenden Wehrmännern Rechnung zu tragen.

Mitunterzeichner: Akeret, Alder Allgöwer, Ammann-Bern, Auer, Basler, Bretscher, Cossy, Delamuraz, Duboule, Eng, Fischer-Weinfelden, Fischer-Bremgarten, Flubacher, Friedrich, Früh, Füg, Graf, Gut, Hunziker, Jung, Kohler Raoul, Künzi, Matossi, Muff, Ribi, Rüegg, (Sauter), Schatz-St. Gallen, Schürch, Schutz-Graubünden, Spreng, Suter, Thalmann, Thévoz, Vetsch, Wyss

(37)

319/78.563 P Sigrist – AHV-Kommission. Ausgleichskassen (11. Dezember 1978)

Die eidgenössische Kommission für die Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung ist durch je einen Vertreter einer kantonalen und einer Verbandsausgleichskasse mit beratender Stimme zu erweitern.

Mitunterzeichner: Ammann-Bern, Bremi, Eng, Fischer-Bern, Flubacher, Früh, Gut, Hunziker, Meier Kaspar, Meyer Hans Rudolf, Muff, Nef, Schatz-St. Gallen, Schürch, Schwarz, Vetsch, Waldvogel, Wyss

(18)

320/77.466 P Soldini – Rufeinrichtung «Eurosignal» (6. Oktober 1977)

Die Europäische Konferenz der Verwaltungen für das Post- und Fernmeldewesen (CEPT) hat es für zweckmässig gehalten, ein einseitiges Rufsystem – «Eurosignal» –, das ganz Westeuropa erfassen soll, festzulegen.

Die schweizerischen PTT-Betriebe sind auf diesem Gebiet gegenüber den Verwaltungen der Nachbarländer offensichtlich im Rückstand. Der Bundesrat wird daher eingeladen zu prüfen, ob nicht ein öffentliches, an das «Eurosignal» angeschlossenes Einzelsystem aufgebaut werden sollte. Eine solche Einrichtung würde zahlreichen Berufsleuten gute Dienste leisten.

× 321/78.489 M Soldini – SRG-Konzession. Erneuerung (25. September 1978)

Die Konzession der Schweizerischen Radio- und Fernsehgesellschaft läuft am 31. Dezember 1979 aus. Sie bleibt unverändert für weitere fünf Jahre in Kraft, wenn sie bis zum 31. Dezember 1978 nicht gekündigt wird.

In den letzten Jahren ist die SRG-Direktion mehrfach kritisiert worden. Es wurde beanstandet, dass sie gewisse Konzessionsbestimmungen missachte.

Deshalb wird der Bundesrat ersucht, die SRG-Konzession innert der gesetzten Frist zu kündigen und ihre Bestimmungen so zu fassen, dass sie die objektive Information gewährleisten, auf die das Schweizer Volk Anspruch hat.